S 5 SB 369/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Schwerbehindertenrecht – GdB-

Herabsetzungsbescheid - Wirkung "ab

Bekanntgabe" - hinreichende

Bestimmtheit - Bekanntgabefiktion -

Ermittelbarkeit des genauen

Bekanntgabezeitpunkts im Einzelfall – Beweisebene – Erkennbarkeit des

Wirksamkeitsbeginns gegenüber Dritten – Informations- und Mitwirkungspflichten

des Bescheidempfängers -

sozialrechtliches Verwaltungsverfahren Ein Bescheid über die Herabsetzung des Grads der Behinderung ist auch dann hinreichend bestimmt wenn er kein konkretes Datum für den Beginn der Herabsetzung enthält sondern diese ausdrücklich ab dem Zeitpunkt seiner

Bekanntgabe anordnet.

Normenkette SGB X § 33 Abs 1; SGB X § 37 Abs 1 S 1;

SGB X § 37 Abs 2 S 1; SGB X § 39 Abs 1 S 1; SGB X § 48 Abs 1 S 1; SGB IX § 69 Abs 1 S 1; SGB IX § 2 Abs 2 J: 2018; SGB IX § 152 Abs 1 S 1 J: 2018; SGB IX § 199 Abs 1 J: 2018; SGB I § 60 Abs 1 S 1 Nr 2; AO § 90 Abs 1 J: 1977; BGB § 611a; BGB § 241 Abs

2; SGG § 170 Abs 2 S 2

1. Instanz

Leitsätze

Aktenzeichen S 5 SB 369/17 Datum 10.09.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 SB 11/20 Datum 25.11.2021

3. Instanz

Datum 15.06.2023

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 25. November 2021 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurückverwiesen.

Gründe:

I

- Der KlĤger wendet sich gegen die Herabsetzung seines Grads der Behinderung (GdB) von 80 auf weniger als 50.
- 2 Mit Bescheid vom 21.3.2011 stellte der Beklagte bei dem Kläger nach einer Krebserkrankung einen GdB von 80 fest. Nach Ã□berprüfung von Amts wegen hob er diesen Bescheid mit Wirkung â□□ab Bekanntgabeâ□□ auf und reduzierte den GdB auf 20 (Bescheid vom 19.6.2017). An welchem Tag der Herabsetzungsbescheid zur Post aufgegeben wurde, lässt sich den Behördenakten nicht entnehmen; an den Tag seines Zugangs vermag sich der Kläger nicht zu erinnern. Den auf den 14.7.2017 datierten Widerspruch des Klägers wies der Beklagte zurück (Widerspruchsbescheid vom 8.11.2017).
- 3 Die hiergegen erhobene Klage hat das SG abgewiesen (Urteil vom 10.9.2019). Auf die Berufung des Klägers hat das LSG â∏∏ wie vom ihm beantragt â∏∏ das erstinstanzliche Urteil geÄxndert und den Herabsetzungsbescheid aufgehoben, soweit darin unter teilweiser Aufhebung des Bescheids vom 21.3.2011 ein GdB von weniger als 50 festgestellt worden ist (Urteil vom 25.11.2021). Der Herabsetzungsbescheid sei mangels hinreichender Bestimmtheit rechtswidrig. Unverzichtbarer Bestandteil der Feststellung eines GdB sei der Zeitpunkt ihrer Wirksamkeit, weil dieser im Rechtsverkehr eine Dokumentationsfunktion gegenüber Dritten zukomme. Für den Adressaten und für Dritte müsse erkennbar sein, ab wann die Feststellung wirke. Nichts anderes gelte, wenn die BehĶrde die Rechtswirkungen entsprechender Feststellungen beseitigen wolle. Soweit der Beklagte angeordnet habe, die Herabsetzung gelte â∏ab Bekanntgabeâ∏, genüge der Bescheid diesen Anforderungen nicht. Der Zeitpunkt, ab dem die Herabsetzung gelten solle, sei ungewiss. Er kA¶nne weder anhand der Vorschrift des <u>§Â 37 Abs 2 Satz 1 SGBÂ X</u> noch durch Auslegung ermittelt werden. Unabhängig davon erweise sich der streitgegenständliche Bescheid bereits deshalb als zu unbestimmt, weil es dem Beklagte nicht gelungen sei, den Zeitpunkt der Bekanntgabe, an den er die materielle Herabsetzungsentscheidung geknüpft habe, nachzuweisen. Vor diesem Hintergrund könne es dahingestellt bleiben, ob die medizinischen

Voraussetzungen für eine Herabsetzung des GdB vorgelegen hätten.

Mit seiner Revision rügt der Beklagte die Verletzung von §Â 33 Abs 1 SGB X. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Herabsetzung lasse sich eindeutig durch Auslegung feststellen. Ein verständiger Empfänger mÃ⅓sse die Formulierung â∏ab Bekanntgabeâ∏ so verstehen, dass diese mit dem Zeitpunkt des Zugangs des Bescheids wirksam werden solle. Dieser Zeitpunkt sei fÃ⅓r den Empfänger bestimmbar. Die Rechtsbehelfsbelehrung zur Berechnung der Widerspruchsfrist stelle darauf in gleicher Weise ab, ohne dass ein konkretes Datum benannt werden mÃ⅓sse. Wie der fristgemäÃ∏ eingelegte Widerspruch belege, sei dem Kläger der Bescheid zugegangen; damit habe fÃ⅓r ihn ein hinreichend bestimmter Zeitpunkt der Wirksamkeit festgestanden.

5 Der Beklagte beantragt, das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 25. November 2021 aufzuheben und die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 10. September 2019 zurýckzuweisen.

6 Der KlĤger beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

7 Er bezieht sich auf die seiner Ansicht nach zutreffenden $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde des angefochtenen LSG-Urteils.

Ш

Die zul \tilde{A} ¤ssige Revision des Beklagten ist iS der Aufhebung des Berufungsurteils und Zur \tilde{A} ½ckverweisung der Sache an das LSG zur erneuten Verhandlung und Entscheidung begr \tilde{A} ¼ndet (\hat{A} § \hat{A} 170 Abs \hat{A} 2 Satz \hat{A} 2 SGG).

A. Gegenstand des Revisionsverfahrens ist das Urteil des LSG, mit dem es auf die isolierte Anfechtungsklage (§Â 54 Abs 1 Satz 1 Alt 1 SGG) des Klägers das Urteil des SG geändert und den Herabsetzungsbescheid des Beklagten vom 19.6.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 8.11.2017 (§Â 95 SGG) aufgehoben hat, soweit darin unter teilweiser Aufhebung des Bescheids vom 21.3.2011 bei dem Kläger ein GdB von weniger als 50 festgestellt worden ist. Der Senat kann mangels tatsächlicher Feststellungen des LSG zu den gesundheitlichen Verhältnissen des Klägers nicht abschlieÃ□end entscheiden, ob dies zu Recht erfolgt ist.

10 Rechtsgrundlage für die Herabsetzung des GdB ist <u>§Â 48 Abs 1 Satz 1 SGBÂ X</u>. Danach ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zukunft aufzuheben, wenn in den tatsÃ α chlichen oder rechtlichen VerhÃ α ltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche Ã α nderung eingetreten ist. Von einer wesentlichen Ã α nderung im Gesundheitszustand eines behinderten Menschen ist ua dann auszugehen, wenn diese einen um wenigstens 10 ver α nderten Gesamt-GdB rechtfertigt (vgl BSG Urteil vom 11.11.2004 â α 0 Å α

Der Bescheid vom 21.3.2011, mit dem der Beklagte den GdB des Klägers auf 80 festgesetzt hatte, ist ein Dauerverwaltungsakt (stRspr; zB BSG Urteil vom 11.8.2015 â□□ B 9 SB 2/15 R â□□ SozR 41300 §Â 48 Nr 31 RdNr 13 mwN). Diesen hat er nach Ablauf der Heilungsbewährung mit Bescheid vom 19.6.2017 wegen Ã□nderung der gesundheitlichen Verhältnisse des Klägers für die Zukunft mit Wirkung â□□ab Bekanntgabeâ□□ aufgehoben. Der Herabsetzungsbescheid ist zwar gegenüber dem Kläger wirksam bekannt gegeben worden (dazu unter 1.). Ob die Herabsetzung des GdB mit Wirkung ab Bekanntgabe des Bescheids auch materiell rechtmäÃ□ig ist, kann der Senat aber nicht abschlieÃ□end beurteilen (dazu unter 2.).

12
1. Die im Bescheid vom 19.6.2017 verfügte Herabsetzung des GdB ist gemäÃ□
§Â 39 Abs 1 Satz 1 SGB X durch Bekanntgabe iS von §Â 37 Abs 1 Satz 1
SGB X gegenüber dem Kläger spätestens am 14.7.2017 wirksam geworden.

Nach \hat{A} § \hat{A} 37 Abs \hat{A} 1 Satz \hat{A} 1 SGB \hat{A} X ist ein Verwaltungsakt demjenigen Beteiligten bekannt zu geben, f \hat{A} ½ 1 r den er bestimmt oder der von ihm betroffen wird. Ein Verwaltungsakt wird gem \hat{A} \hat{B} \hat{A} \hat{A}

14
Der Begriff der â□□Bekanntgabeâ□□ ist gesetzlich nicht definiert. Dennoch ist er im Sozialverwaltungsrecht ein feststehender Rechtsbegriff, der jedenfalls heute nicht mehr ungenau oder missverständlich (so bereits BSG Urteil vom 9.4.2014 â□□ <u>B 14 AS 46/13 R</u> â□□ <u>BSGE 115, 288</u> = SozR 41500 §Â 87 Nr 2, RdNr 21; anders noch BSG Urteil vom 27.9.1983 â□□ <u>12 RK 75/82</u> â□□ juris RdNr 14), sondern in Rechtsprechung und Schrifttum geklärt ist.

Danach ist die Bekanntgabe eines Verwaltungsakts die zielgerichtete (willentliche) Mitteilung des Inhalts eines Verwaltungsakts durch die Behörde an den Adressaten (BSG Urteil vom 15.11.2016 â \square BÂ 2Â U 19/15Â RÂ â \square SozR 42700 §Â 131 Nr 2 RdNr 15; BSG Urteil vom 9.4.2014 â \square BÂ 14Â AS 46/13Â RÂ â \square BSGE 115, 288 = SozR 41500 §Â 87 Nr 2, RdNr 12; BSG Urteil vom 4.6.2014 â \square BÂ 14Â AS 2/13Â RÂ â \square BSOZR 44200 §Â 38 Nr 3 RdNr 22; BSG Urteil vom 4.9.2013 â \square BÂ 10Â EG 7/12Â RÂ â \square BSGE 114, 180 = SozR 41300 §Â 31 Nr 8, RdNr 26; Siewert in Diering/Timme/Stähler, SGB X, 6. Aufl 2022, §Â 37 RdNr 3; Engelmann in Schýtze, SGB X, 9. Aufl 2020, §Â 37 RdNr 6, jeweils mwN; ebenso zur Parallelbestimmung in §Â 41 Verwaltungsverfahrensgesetz Baer in Schoch/Schneider, VwVfG, §Â 41 RdNr 14, Stand August 2022, mwN).

16 Die Bekanntgabe eines schriftlichen Verwaltungsakts erfolgt mit dessen Zugang. Unter Anwesenden ist dies die ̸bergabe des Verwaltungsakts an den Adressaten. Unter Abwesenden ist ein Verwaltungsakt nach übereinstimmender Auffassung in Rechtsprechung (zB BSG Urteil vom 4.9.2013 â∏∏ BÂ 10Â EG 7/12Â RÂ â∏∏ BSGE 114, 180 = SozR 41300 §Â 31 Nr 8, RdNr 26; BSG Urteil vom 3.6.2004 â∏ <u>B 11 AL 71/03 R</u> â∏∏ juris RdNr 24; ebenso BVerwG Beschluss vom 22.2.1994 â∏ <u>4 B 212.93</u> â∏ juris RdNr 3 zur Parallelbestimmung in <u>§Â 41</u> VwVfG; BFH Urteil vom 9.12.1999 â∏ III R 37/97 â∏ BFHE 190, 292 â∏ juris RdNr 19 zur Parallelbestimmung in <u>§Â 122 Abgabenordnung</u>, jeweils mwN) und Schrifttum (zB Siewert in Diering/Timme/StÃxhler, SGB X, 6. Aufl 2022, §Â 37 RdNr 4; Pattar in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, Stand 21.12.2020, §Â 37 RdNr 34 f; Engelmann in SchÃ1/4tze, SGB X, 9. Aufl 2020, §Â 37 RdNr 8; ebenso Stelkens in Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 10. Aufl 2023, §Â 41 RdNr 62; Ratschow in Klein, AO, 16. Aufl 2022, §Â 122 RdNr 5 und 10, jeweils mwN) zugegangen, wenn er so in den Bereich des Adressaten (EmpfĤngers) gelangt ist, dass dieser unter normalen VerhÄxltnissen die MĶglichkeit zur Kenntnisnahme hat. Auf dessen tatsÃxchliche Kenntnisnahme kommt es für den Zugang und damit die Bekanntgabe nicht an (BSG Urteil vom 9.4.2014 â∏ BÂ 14Â AS 46/13Â R â∏ BSGE 115, 288 = SozR 41500 §Â 87 Nr 2, RdNr 12; Engelmann in Schã¼tze, SGB X, 9. Aufl 2020, §Â 37 RdNr 8).

17
Erfolgt die Bekanntgabe des Verwaltungsakts wie hier mit einfachem Brief, so gilt ein Verwaltungsakt gemäÃ□ §Â 37 Abs 2 Satz 1 SGB X mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekannt gegeben, auÃ□er wenn er nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist (§Â 37 Abs 2 Satz 3 SGB X). Diese der Verwaltungsvereinfachung (vgl hierzu BSG Urteil vom 10.3.2022 â□□ B 1 KR 6/21 R â□□ SozR 42500 §Â 13 Nr 56 RdNr 23 mwN; vgl auch bereits BSG Urteil vom 19.3.1957 â□□ 10 RV 609/56 â□□ BSGE 5, 53 â□□ juris RdNr 15) dienende Bekanntgabe- oder Zugangsfiktion (beide Begriffe werden synonym verwendet s zB einerseits BSG Urteil vom 10.3.2022 â□□ B 1 KR 6/21 R â□□ SozR 42500 §Â 13 Nr 56 RdNr 21 und andererseits BSG Urteil vom 6.5.2010 â□□ B 14 AS 12/09 R â□□ SozR 41300 §Â 37 Nr 1 RdNr 10) greift aber nur, wenn der Tag der Aufgabe zur Post in den Behördenakten vermerkt wurde (vgl BSG Urteil vom 3.3.2009 â□□ B 4 AS 37/08 R â□□ SozR 44200 §Â 22 Nr 15

RdNr 17; BSG Urteil vom 28.11.2006 â∏ B 2 U 33/05 R â∏ BSGE 97, 279 = SozR 42700 §Â 136 Nr 2, RdNr 15; Siewert in Diering/Timme/Stähler, SGB X, 6. Aufl 2022, §Â 37 RdNr 11; Pattar in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, Stand 21.12.2020, §Â 37 RdNr 97; Engelmann in Schütze, SGB X, 9. Aufl 2020, §Â 37 RdNr 29). Dies ist hier nach den Feststellungen des LSG nicht geschehen. Deshalb gelten im Fall des Klägers für die Bekanntgabe des Herabsetzungsbescheids die vorgenannten allgemeinen MaÃ∏stäbe.

- Danach ist auf Grundlage der fýr den Senat bindenden tatsächlichen Feststellungen des LSG (vgl <u>§Â 163 SGG</u>) der Herabsetzungsbescheid vom 19.6.2017 spätestens am 14.7.2017 dem Kläger iS des <u>§Â 37 Abs 1 Satz 1 SGB X</u> bekannt gegeben und damit nach <u>§Â 39 Abs 1 Satz 1 SGB X</u> wirksam geworden. Denn spätestens an diesem Tag muss der Herabsetzungsbescheid in seinen tatsächlichen Verfýgungsbereich gelangt sein, weil der Kläger unter diesem Datum Widerspruch eingereicht hat.
- 19 2. Ob der Herabsetzungsbescheid des Beklagten vom 19.6.2017 materiell rechtmäÃ∏ig ist, kann der Senat nicht abschlieÃ∏end beurteilen.
- Zwar genýgt er entgegen der Ansicht des LSG hinsichtlich des verfügten Wirksamkeitszeitpunkts den Anforderungen an die inhaltliche Bestimmtheit von Verwaltungsakten (dazu unter a). Ob die Herabsetzung des GdB im Ã□brigen materiell rechtmäÃ□ig ist, kann der Senat aber mangels ausreichender tatsächlicher Feststellungen des LSG zu den gesundheitlichen Verhältnissen des Klägers nicht entscheiden (dazu unter b).
- 21 a) Der Bescheid ist inhaltlich hinreichend bestimmt iS des <u>§Â 33 Abs 1 SGB X</u> (dazu allgemein unter aa), obwohl er kein konkretes Datum des Beginns seiner Wirksamkeit benennt, sondern insoweit lediglich auf seine Bekanntgabe verweist (dazu unter bb).
- aa) Nach §Â 33 Abs 1 SGB X muss ein Verwaltungsakt inhaltlich hinreichend bestimmt sein. Das Bestimmtheitserfordernis als materielle RechtmäÃ□igkeitsvoraussetzung eines Verwaltungsakts (BSG Urteil vom 10.9.2013 â□□ B 4 AS 89/12 R â□□ BSGE 114, 188 = SozR 44200 §Â 11 Nr 62, RdNr 15; BSG Urteil vom 29.11.2012 â□□ B 14 AS 6/12 R â□□ BSGE 112, 221 = SozR 41300 §Â 45 Nr 12, RdNr 26) verlangt, dass dessen Verfù¼gungssatz nach seinem Regelungsgehalt in sich widerspruchsfrei ist und sich aus der Sicht eines verständigen Erklärungsempfängers in der Position des Betroffenen (objektiver Empfängerhorizont) vollständig, klar und eindeutig ergeben muss, was die Behörde in welchem Umfang und fù¼r welchen Zeitraum will (stRspr; zB BSG Urteil vom 25.?10.?2017 â□□ B 14 AS 9/17 R â□□ SozR 41300 §Â 45 Nr 19 RdNr 17; BSG Urteil vom 17.12.2009 â□□ B 4 AS 20/09 R â□□ BSGE

105, 194 = SozR 44200 §Â 31 Nr 2, RdNr 13; BSG Urteil vom 28.6.1990 â∏ 4 RA 57/89 â∏ BSGE 67, 104 = SozR 31300 §Â 32 â∏ juris RdNr 31). Unklarheiten gehen insoweit zu Lasten der Behörde (BSG Urteil vom 3.4.2014 â∏ B 2 U 25/12 R â∏ BSGE 115, 256 = SozR 4-2700 § 136 Nr 6, RdNr 15; BSG Urteil vom 28.6.1990 â∏ 4 RA 57/89 â∏ BSGE 67, 104 = SozR 31300 §Â 32 Nr 2 â∏ juris RdNr 31).

23

Die Anforderungen an die notwendige inhaltliche Bestimmtheit des Verwaltungsakts richten sich im Einzelnen nach den Besonderheiten des jeweils anzuwendenden materiellen Rechts (stRspr; zB BSG Urteil vom 11.7.2017 â∏∏ <u>BÂ 1Â KR 26/16Â R</u> â∏ BSGE 123, 293 = SozR 42500 §Â 13 Nr 36, RdNr 17 mwN). UnschÃxdlich ist, wenn der Regelungsgehalt des Verfļgungssatzes anhand der Begründung des Verwaltungsakts einschlieÄ lich seiner Anlagen, unter RÄ 4ckgriff auf frÄ 4here Bescheide oder auf allgemein zugĤngliche Unterlagen durch Auslegung ermittelt werden muss (stRspr; zB BSG Beschluss vom 6.3.2020 â∏ BÂ 9Â SB 86/19Â B â∏∏ juris RdNr 6; BSG Urteil vom 25.10.2017 â∏∏ BÂ 14Â AS 9/17Â RÂ â∏∏ SozR 41300 §Â 45 Nr 19 RdNr 17). Diese Auslegungsmöglichkeiten finden ihre Grenze allerdings dort, wo auch nach methodengerechter Auslegung mehrere DeutungsmĶglichkeiten verbleiben und es allein dem Adressaten überlassen bleibt, Gegenstand, Inhalt, Zeitpunkt und Umfang einer Regelung zu bestimmen. Denn die in begļnstigende Rechtspositionen eingreifende BehĶrde ist verpflichtet, diese Entscheidung selbst zu treffen und dem Adressaten bekannt zu geben (BSG Urteil vom 29.11.2012 â∏∏ <u>BÂ 14Â AS 196/11Â R</u>Â â∏∏ SozR 41300 §Â 33 Nr 2 RdNr 16 mwN; s auch BSG Urteil vom 25.10.2017 â∏∏ <u>BÂ 14Â AS</u> <u>9/17 R</u> â∏∏ SozR 41300 §Â 45 Nr 19 RdNr 23 mwN).

Zur Auslegung von Verwaltungsakten ist auch das BSG als Revisionsgericht berufen; es ist befugt, den Inhalt von Verwaltungsakten selbstständig und damit gegebenenfalls sogar abweichend von den Vorinstanzen auszulegen (stRspr; zB BSG Urteil vom 25.8.2022 â□□ B 9 V 2/21 R â□□ SozR 43100 §Â 18a Nr 1 â□□ juris RdNr 20; BSG Urteil vom 28.6.2022 â□□ B 2 U 9/20 R â□□ juris RdNr 15; BSG Urteil vom 25.10.2017 â□□ B 14 AS 9/17 R â□□ SozR 41300 §Â 45 Nr 19 RdNr 24).

25 bb) Gemessen an diesen Vorgaben genügt der Herabsetzungsbescheid des Beklagten vom 19.6.2017 auch hinsichtlich seines Wirksamkeitszeitpunkts den Anforderungen des <u>§Â 33 Abs 1 SGB X</u> an die inhaltliche Bestimmtheit von Verwaltungsakten. Der Kläger konnte bei verständiger Würdigung des Bescheids erkennen und feststellen, ab wann die darin verfügte Herabsetzung des GdB wirksam werden sollte.

26 Entgegen der Ansicht des Klägers ist ein Herabsetzungsbescheid nicht deshalb zu unbestimmt, weil er fýr den Beginn der Herabsetzung des GdB kein konkretes Datum benennt, sondern vielmehr festlegt, dass diese ab Bekanntgabe des Bescheids wirksam sein soll. Denn der Beklagte hat damit gegenüber dem Kläger lediglich iS von <u>§Â 31 Satz 1 SGB X</u> fþr dessen Einzelfall geregelt, was von Gesetzes wegen ohnehin nach der Grundregel des <u>§Â 39 Abs 1 Satz 1</u> SGB X gegolten hätte.

27 (1) Der Senat hat bereits in seinen Entscheidungen zur zeitlichen Teilbarkeit eines Verwaltungsakts (Urteil vom 21.12.2022 â D B B 9 SB 3/20 R â D juris RdNr 15; Urteil vom 16.12.2021 â D B B 9 SB 6/19 R â D SozR 41300 §Â 48 Nr 40 RdNr 19, 31; Urteil vom 16.12.2021 â D B B 9 SB 7/19 R â D juris RdNr 17, 21 ff, 29) eine Herabsetzung des GdB fà 4 die Zukunft â D Bekanntgabeâ D is von §Â 37 Abs 1 Satz 1 SGB X fà 4 zulà ssig erachtet. Zur Frage der Wirksamkeit der Herabsetzung mit der Bekanntgabe des Bescheids nach §Â 39 Abs 1 Satz 1 SGB X hat er ausgefà 4 hrt, dass dieser Zeitpunkt â D Soweit notwendig a von den Gerichten zu ermitteln und festzustellen ist (vgl BSG Urteil vom 21.12.2022 â D B B 9 SB 3/20 R â D juris RdNr 21). Im à brigen zeigt auch schon der Rechtsgedanke des §Â 32 Abs 2 Nr 2 SGB X, dass der Inhalt eines Verwaltungsakts bei Erlass von dem â ungewissen Eintritt eines zukà 1 SGBÂ X zu sein.

28
(2) Der Bedeutungsgehalt des Begriffs â□Bekanntgabeâ□ ist für einen verständigen Bescheidempfänger zu erkennen. Dieser Begriff ist â□ wie oben unter 1. aufgezeigt â□ in Rechtsprechung und Schrifttum zu §Â§Â 37 Abs 1 Satz 1, 39 Abs 1 SGB X geklärt. Die Annahme, der Beklagte wolle diesen Begriff im Verfügungssatz des Herabsetzungsbescheids anders verstanden wissen, ist daher fernliegend. Vielmehr ist die Bekanntgabe â□ wie oben unter 1. ebenfalls ausgeführt â□ mit dem Zugang des Verwaltungsakts vollzogen. Bei schriftlichen Verwaltungsakten wird der Zugang durch die Verschaffung der tatsächlichen Verfügungsgewalt über das den Verwaltungsakt verkörpernde Schriftstück bewirkt, sobald unter normalen Umständen die Möglichkeit der Kenntnisnahme besteht. Diesen Zeitpunkt kann ein verständiger Empfänger regelmäÃ□ig ohne Weiteres erkennen oder sich diese Kenntnis jedenfalls mit zumutbarem Aufwand verschaffen.

Die VerknÃ⅓pfung der Wirksamkeit des Herabsetzungsbescheids mit dessen Bekanntgabe stellt diese auch keineswegs zur Disposition des Adressaten. Als tatsächliches Ereignis steht die Bekanntgabe nicht in dessen Belieben. Er kann den Zugang insbesondere nicht dadurch vereiteln, dass er die Kenntnisnahme des in seinen Machtbereich gelangten Verwaltungsakts verweigert oder unterlässt. Zudem besteht grundsätzlich eine Obliegenheit, Bescheide zu lesen und deren Inhalt zur Kenntnis zu nehmen (BSG Urteil vom 4.9.2013 â∏ B 10 EG 7/12 R â∏ BSGE 114, 180 = SozR 41300 §Â 31 Nr 8, RdNr 26).

30 (3)Â Die fehlende Erkennbarkeit des genauen Zeitpunkts der Wirksamkeit eines

Verwaltungsakts fÃ $\frac{1}{4}$ r Dritte, der â $\frac{1}{2}$ wie hier â $\frac{1}{2}$ die Herabsetzung des GdB mit seiner Bekanntgabe wirksam werden lÃ $\frac{1}{2}$ sst, hat keine Auswirkungen auf dessen hinreichende inhaltliche Bestimmtheit. Denn der Adressat kann den Bekanntgabeund Wirksamkeitszeitpunkt des an ihn gerichteten Bescheids bei Erhalt â $\frac{1}{2}$ wie oben ausgefÃ $\frac{1}{4}$ hrt â $\frac{1}{2}$ im Regelfall ohne Weiteres feststellen und deshalb auch Dritten mitteilen.

31 Das zugrunde liegende materielle Recht verlangt nach §Â 69 Abs 1 Satz 1 und 2 SGB IX in seiner hier noch maÃ∏geblichen bis zum 31.12.2017 geltenden Fassung des Gesetzes vom 19.6.2001 (BGBI | 1046; seit 1.1.2018 §Â 152 Abs 1 Satz 1 und 2 SGBÂ IX in der Fassung des Gesetzes vom 23.12.2016, BGBIÂ I 3234), dass die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes zuständigen BehĶrden auf Antrag des behinderten Menschen das Vorliegen einer Behinderung und den GdB â∏zum Zeitpunkt der Antragstellungâ∏ oder â∏zu einem früheren Zeitpunktâ∏∏ feststellen. Denn diese Feststellungen dienen der Inanspruchnahme einer Vielzahl von konkreten Leistungsansprå¼chen und Vergå¼nstigungen aus Schwerbehindertenrechts. Ohne eine echte Drittwirkung zu entfalten, binden sie zu diesem Zweck ua auch andere BehĶrden, etwa Finanzämter bei der Gewährung des Pauschbetrags für behinderte Menschen nach §Â 33b Einkommensteuergesetz oder Jobcenter bei der Anerkennung von Mehrbedarfen nach §Â 21 Abs 4, §Â 23 Nr 2 SGBÂ II (vgl BSG Urteil vom 16.12.2014 â∏ B 9 SB 3/13 R â∏ SozR 41200 §Â 66 Nr 7 RdNr 21; BVerwG Urteil vom 12.7.2012 â∏∏ <u>5 C 16.11</u> â∏∏ <u>BVerwGE 143, 325</u> â∏∏ juris RdNr 21).

32 Im Fall einer Herabsetzung wegen einer ̸nderung der Verhältnisse iS von <u>§Â 48</u> Abså 1 Satzå 1 SGBå X, insbesondere wenn der GdB auf weniger als 50 absinkt und damit die Voraussetzungen des <u>§Â 2 Abs 2 SGBÂ IX</u> entfallen, obliegt es dem Adressaten eines Herabsetzungsbescheids im Rahmen seiner jeweiligen Mitwirkungspflichten â∏ etwa nach §Â 60 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGBÂ I oder nach <u>§Â 90 Abs 1 AO</u> â∏∏ diesen Behörden den Zeitpunkt der Wirksamkeit der im Bescheid verfügten Herabsetzung des GdB mitzuteilen. Entsprechendes kann zB auch gegenüber einem Arbeitgeber gelten. Denn hat der Arbeitnehmer bei Einstellung dem Arbeitgeber seine Schwerbehinderung mitgeteilt, so trifft ihn die arbeitsvertragliche Nebenpflicht, den Arbeitgeber zu informieren, wenn sich der GdB so Axndert, dass der Status als schwerbehinderter Mensch entfAxIIt (Hessisches Landesarbeitsgericht Urteil vom 8.8.2018 â∏ 13Â Sa 1237/17Â â∏∏ juris RdNr 56). Mit dem Verlust des Status als schwerbehinderter Mensch verliert der Betroffene nĤmlich alle daraus folgenden Rechte und Vergļnstigungen. Der Status des Schwerbehinderten beginnt grundsÄxtzlich mit dem Vorliegen der Voraussetzungen des <u>§Â 2 Abs 2 SGBÂ IX</u> (vgl stRspr; zB BSG Urteil vom 7.11.2001 â∏ B 9 SB 3/01 R â∏ BSGE 89, 79 = SozR 33870 §Â 59 Nr 1 â∏ juris RdNr 15; BVerwG Urteil vom 12.7.2012 â∏ <u>5Â C 16.11</u>Â â∏ <u>BVerwGE</u> 143, 325 â∏∏ juris RdNr 20; BAG Urteil vom 13.2.2008 â∏∏ <u>2Â AZR 864/06</u>Â â∏∏ BAGE 125, 345 â∏ juris RdNr 16); er endet aber trotz Wegfalls dieser Voraussetzungen erst am Ende des dritten Kalendermonats nach Eintritt der

Unanfechtbarkeit des entsprechenden Bescheids (§Â 199 Abs 1 SGB IX; sog Schon, Auslauf- oder Nachfrist; vgl hierzu Dau in Dau/Düwell/Joussen/Luik, SGB IX, 6. Aufl 2022, §Â 199 RdNr 6; Koch in Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch, 19. Aufl 2021, §Â 178 RdNr 28).

33
(4) Unbeachtlich für die Beurteilung der Bestimmtheit des
Herabsetzungsbescheids des Beklagten vom 19.6.2017 ist auch, dass der genaue
Zeitpunkt seiner Bekanntgabe gegenüber dem Kläger nicht mehr rekonstruiert
werden kann, weil dieser sich nicht mehr an den Tag des Zugangs erinnern und der
Beklagte ihn nicht nachweisen kann. Dies hat lediglich zur Folge, dass der Zeitpunkt
der tatsächlichen und der Zeitpunkt der beweisbaren Bekanntgabe
auseinanderfallen.

34 Zwar wirft eine solche Konstellation Fragen nach den an den Wirksamkeitszeitpunkt anknüpfenden Rechtsfolgen im Verhältnis zwischen dem Adressaten, der den Bescheid ausstellenden BehĶrde und den auf die Information über diesen Zeitpunkt angewiesenen Dritten auf. Die damit zusammenhĤngenden Fragen betreffen aber lediglich die Beweisebene und sind von derjenigen nach der hinreichenden inhaltlichen Bestimmtheit des Herabsetzungsbescheids zu trennen. Die Folgen der Beweislosigkeit des Zugangszeitpunkts trÄxgt derjenige, der sich auf einen bestimmten Zeitpunkt beruft (vgl BSG Urteil vom 26.7.2007 â∏ <u>BÂ 13Â R</u> 4/06 R â∏∏ SozR 42600 §Â 115 Nr 2 RdNr 20; Pattar in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, Stand 21.12.2020, §Â 37 RdNr 97). Steht â∏ wie hier â∏∏ lediglich fest, dass der Bescheid dem Adressaten zu einem bestimmten Zeitpunkt zugegangen und damit iS des <u>§Â 37 Abs 1 Satz 1, §Â 39 Abs 1 SGBÂ X</u> bekannt gegeben sein muss, so entsteht dem Betroffenen hieraus kein Nachteil. Vielmehr verringert sich ihm gegenļber die EingriffsintensitĤt des Verwaltungsakts, weil er die ursprA¼ngliche Feststellung eines hA¶heren GdB und die davon (insbesondere vom Status als schwerbehinderter Mensch) abhängige Leistungsgewährung durch Dritte möglicherweise fýr einen â∏∏ regelmäÃ∏ig allerdings nur geringfügig â∏∏ längeren Zeitraum beanspruchen kann.

35
(5) Schlieà lich stellt auch die Bekanntgabefiktion des §Â 37 Abs 2 Satz 1
SGB X, die im Fall des Klägers ohnehin nicht greift (s oben unter 1.), die inhaltliche Bestimmtheit eines Verwaltungsakts nicht infrage, dessen Wirksamkeitsbeginn an die Bekanntgabe geknüpft ist. Die diese Fiktion auslösenden äuà eren Umstände, insbesondere der notwendige Vermerk der Aufgabe des den Verwaltungsakt verkörpernden Schriftstücks zur Post in den Behördenakten, lassen sich im Zweifelsfall eindeutig feststellen. Dies macht den Tag der Bekanntgabe (â dritter Tagâ dritter Tagâ der Aufgabe zur Post) hinreichend bestimmbar. Ohnehin bleibt es dem Bescheid-Adressaten nach §Â 37 Abs 2 Satz 3 SGB X unbenommen, die Bekanntgabefiktion durch substantiierten Vortrag zur Möglichkeit eines späteren Zugangs zu erschüttern (vgl Engelmann in Schütze, SGB X, 9. Aufl 2020, §Â 37 RdNr 33).

36

b) Ob die Herabsetzung des GdB des Klägers mit Wirkung ab Bekanntgabe des Bescheids vom 19.6.2017 im Ã \square brigen materiell rechtmäÃ \square ig ist, kann der Senat mangels ausreichender tatsächlicher Feststellungen zu den gesundheitlichen Verhältnissen des Klägers nicht entscheiden. Zu solchen Feststellungen hatte das LSG â \square ausgehend von seiner Rechtsauffassung â \square 0 auch keinen Anlass. Es wird diese im wieder eröffneten Berufungsverfahren nunmehr nachholen mÃ 1 4ssen.

37 B. Das LSG wird zudem $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!\!4}$ ber die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Â

Erstellt am: 16.11.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024